Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 27 (1971)
Heft: 5

Artikel: Die sechs Zürcher Kantonsrätinnen äussern sich zu den Wahlen
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-845539

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Das jammervolle Resultat der Kantonsratswahlen!

Die Frauen sind tief enttäuscht!

Nur gerade 6 Frauen können in den Kantonsrat einziehen. 6 Frauen auf 174 Männer.

Dabei zeigt es sich sehr deutlich, dass vor allem jene Frauen eine Chance hatten, für die einige Propaganda gemacht wurde (siehe farbiges Flugblatt für Frau Martha Ribi).

Die schlimmste Schlappe erlitten die Sozialdemokratinnen, die anlässlich der Gemeinderatswahlen vier Frauen in den Gemeinderat brachten und an den Kantonsratswahlen nicht eine einzige in den Kantonsrat. Auf allen Listen wurden die Frauen von den Wählern gestrichen.

Undankbare Männer!

Undankbare Frauen!

Wenn sich die Frauen für ihre Geschlechtsgenossinnen eingesetzt hätten, dann wären auch mehr gewählt worden. Einmal mehr hört man den Ruf nach einer Frauenpartei. Wer stiftet eine Million zur Gründung?!!

Selma Regula Gessner

Die sechs Zürcher Kantonsrätinnen äussern sich zu den Wahlen

(UPI) Die frischgewählten Zürcher Kantonsrätinnen zeigten sich enttäuscht über die kleine Zahl der Frauen, die in den Rat gewählt wurden. Die Freisinnige Martha Ribi fand zwar die Zahl der Kantonsrätinnen ebenfalls «sehr klein», gab aber zu bedenken, «dass die Landschaft eben etwas hinten nachhinkt», da die «Frauenfreudigkeit» auf dem Land wohl geringer sei. Dr. Regula Pestalozzi, ebenfalls freisinnig, hat, wie sie erklärte, zwar nicht mit mehr Kantonsrätinnen gerechnet, hätte aber von den Bezirken Meilen oder Horgen erwartet, dass dort ebenfalls ein «weibliches Wesen» in den Rat gewählt würde. Ihre drei zukünftigen Ratskolleginnen vom Landesring haben alle ebenfalls auf mehr Frauen im Rat gehofft.

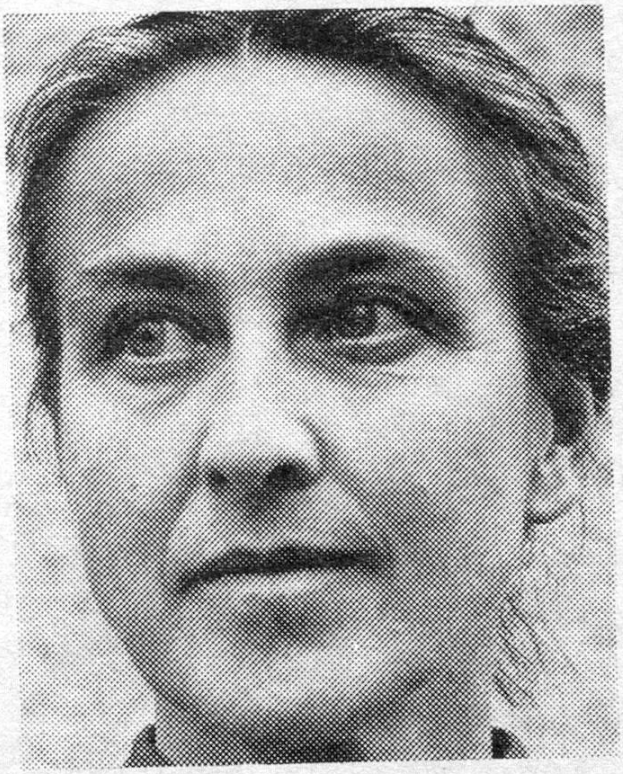
Dr. iur. Regula Pestalozzi
(freis., Zürich 6/10), Rechtsanwältin

Zürichs jüngste Kantonsrätin, die Philosophiestudentin Monika Weber (Ldr.), zeigte sich über die relativ niedrige Stimmbeteiligung wenig erfreut. Sie findet, «eine bessere neutrale Wahlinformation vor allem für Frauen» wäre dringend notwendig.

Monika Weber
(Ldr., Zürich 11/12), stud. phil. I

Die meisten Rätinnen waren ihrer Wahlchancen nicht sicher und betrachteten das Wahlresultat als «freudige Überraschung». Dr. Anny Steyer-Angst (Ldr., Kloten) hatte sich als einzige für die Wahl «eine gute Chance ausgerechnet», da sie an zweiter Stelle auf der Landesring-Liste des Bezirks Bülach figurierte.

Alle neuen Kantonsrätinnen sind sich darin einig, dass sie sich im Parlament nicht nur «spezifisch weiblichen Aufgaben» widmen wollen. Es gehe darum, den Männern zu beweisen, «dass wir nicht anders sind als sie», meinte Regula Pestalozzi und führte weiter aus, «wir werden an den gleichen Geschäften Interesse zeigen wie unsere männlichen Ratskollegen». Gleicher Ansicht ist Anny Steyer, die es als «zweckverfehlt» erachten würde, «ein eigenes Züglein» innerhalb des Rates zu bilden. Trotzdem sehen alle «in gewissen Sachfragen» eine Zusammenarbeit unter den weiblichen Kantonsräten.



Dr. Anna Steyer-Angst, Kloten
(Ldr., Bülach), Pädagogiklehrerin

Dr. Maria Egg-Benes (Ldr.) wollte vor allem in den Kantonsrat gewählt werden, um der Aufgabe nachgehen zu können, der sie sich schon seit dreissig Jahren widmete:

Dr. phil. Maria Egg-Benes
(Ldr., Zürich 3/9), Schulleiterin

Martha Ribi, lic. oec.
(freis., Zürich 1/2), 1. Adjunktin

Der Hilfe und Betreuung von geistig behinderten Kindern. Da es im Kanton Zürich «im argen» liege mit der Fürsorge, sieht sie ihre Hauptaufgabe in einem kantonalen Fürsorgegesetz, das ermöglicht, solche Institutionen auch im Kanton zu schaffen. Regula Pestalozzi liegt «vom Beruf her» — sie ist Rechtsanwältin — ebenfalls die Gesetzgebung, vor allem in Steuerfragen, am Herzen. Sie sieht aber auch die Notwendigkeit, «dass in bezug auf die Gleichberechtigung der Frau — gleicher Lohn für gleiche Arbeit — mehr getan werden muss». Schulfragen und Erziehungsproblemen allgemeiner Art wollen sich die anderen drei Rätinnen im Parlament widmen. Während Anny Steyer als ihr Spezialgebiet das Volksschulwesen betrachtet, ist es bei Martha Ribi das Stipendienwesen, und bei Monika Weber sind es Fragen der Erwachsenenbildung.
Als ein weiteres Anliegen, dem im Parlament besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden soll, betrachtet Martha Ribi die Förderung des Umweltschutzes: «Vor allem eine gründliche Aufklärung der Jugend in Umweltschutzfragen tut not.» Dann will sie aber auch Probleme gesundheitspolitischer Art zur Sprache bingen. Monika Weber räumt allen Fragen sozialer Natur «absolute Priorität» ein.

Gesellschaftliche Gleichberechtigung «braucht Zeit»

Auf die Frage, ob die Gleichberechtigung der Zürcher Frauen mit der Wahl von Kantonsrätinnen nun erreicht worden sei, meinte Anny Steyer: «Die rechtliche Grundlage hat die Frau ja schon mit der Einführung des Stimmrechts erhalten. Gesellschaftlich braucht es natürlich noch Zeit». Martha Ribi äusserte zum gleichen Thema, dass nun die Frauen vor allem «ihre Schüchternheit» überwinden und sich bereit erklären sollten, «Verantwortung und Pflichten zu übernehmen». Regula Pestalozzi erklärte: «Von Gleichberechtigung der Frau ist bei weitem nicht zu reden, solange noch 174 Männer und nur 6 Frauen im Zürcher Kantonsrat sitzen. Aber wenigstens ist nun ein Anfang gemacht.

Leni Oertli
(ev., Bülach), Hausfrau/Sekretärin

Die sechste Kantonsrätin, Leni Oertli aus dem Wahlkreis Bülach und Mitglied der Evangelischen Volkspartei, war zur Zeit ihrer Wahl in den Rat landesabwesend und konnte deshalb an der Umfrage nicht teilnehmen. Ihr Sohn erklärte jedoch, seine Mutter sei über den Ausgang der Abstimmung «hocherfreut» gewesen, auch sie habe nicht mit einem Sitz im Parlament gerechnet.

Aus dem Tagesanzeiger vom 3. Mai 1971

Frauenstimmrecht für die Glarnerinnen

Die Glarner Landsgemeinde im «Zaun» zu Glarus hat am 2. Mai mit überwältigendem Mehr den Frauen das integrale Stimm- und Wahlrecht nicht nur auf Gemeinde-, sondern auch auf kantonaler Ebene zugebilligt. Zugegen waren rund 5000 Männer.

Die Glarner Landsgemeinde 1971 verdient es, als fortschrittlichste und aufgeschlossenste in die Geschichte einzugehen. Sie hat mehr Mut und Vertrauen in die Zukunft bewiesen, als Regierungs- und Landrat ihr offenkundig zugemutet haben. Offenbar haben die wirtschaftliche Stagnation und die weitverbreitete Meinung über die Rückständigkeit des Kantons am Fusse des Glärnisch dazu beigetragen, den Willen zur Änderung des angeschlagenen Image zu bekunden.

Am 7. Februar hatten noch 59 Prozent der Glarner Männer die eidgenössische Frauenstimmrechtsvorlage abgelehnt. In der Folge stellten Regierungs- und Landrat einem sozialdemokratischen Antrag auf Einführung des integralen Frauenstimmrechts einen Antrag gegenüber,